

Arbeitsbedingungen in der saisonalen Landwirtschaft fair gestalten

Bericht zur hybriden Fachkonferenz am 15.03.2022



Zu Beginn der Erntesaison 2022 beschäftigte sich die Fachkonferenz „Arbeitsbedingungen in der saisonalen Landwirtschaft fair gestalten“ mit den in Deutschland vorherrschenden Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter*innen in der Landwirtschaft. Jährlich kommen etwa 275 000 Menschen, viele aus Südost- und Osteuropa, um vorübergehend auf Feldern und in Gewächshäusern in Deutschland beispielsweise Spargel zu stechen oder Erdbeeren, Äpfel und Gemüse zu setzen beziehungsweise zu ernten. Die zum Teil skandalösen Arbeits- und Unterkunftsbedingungen waren in den letzten Jahren immer wieder Thema der Berichterstattung. Zu Beginn der Corona-Pandemie stand die Situation der Saisonarbeiter*innen besonders im Fokus. Die Landwirtschaft wurde zwar als systemrelevant eingestuft und eine Reihe von Sonderregelungen für die Saisonarbeit eingeführt, womit jedoch keine Wertschätzung der Saisonbeschäftigten einherging. Besonders in der Kritik steht dabei die Ausweitung der kurzfristigen Beschäftigung.

Auf der Konferenz, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit dem DGB, der IG BAU und dem Beratungsnetzwerk Faire Mobilität organisiert wurde, kamen wissenschaftliche Expert_innen, Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung sowie Akteure aus der Praxis zusammen, um gemeinsam über die Probleme und Regelungsdefizite zu sprechen und im Anschluss über die Handlungs- und Regelungsoptionen zu diskutieren.

Die Veranstaltung stand auch im Zeichen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, auf den die Veranstalter*innen in ihren Begrüßungen aufmerksam machten, um ihre Solidarität mit den Opfern des Krieges auszudrücken.



Anja Piel begrüßte die Teilnehmer_innen im Namen des DGB und der IG BAU. Sie betonte, dass es dem DGB und der IG BAU ein zentrales Anliegen sei, sich für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Saisonbeschäftigten in Deutschland einzusetzen. Einen wichtigen Beitrag leisten dabei unter dem Dach der Initiative Faire Landarbeit die Beratungsangebote von Faire Mobilität, Faire Integration sowie auf Ebene der Länder die Beratungsstandorte der Träger Arbeit und Leben und des Europäischen Vereins für Wanderarbeiter-

fragen. Von der neuen Bundesregierung erwartet Anja Piel konkrete Initiativen zur Verbesserung der Situation der Saisonbeschäftigten. Die Zusagen im Koalitionsvertrag liegen hier allerdings weit hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück.

Die rumänische Botschafterin Adriana-Loreta Stănescu dankte in ihren Begrüßungsworten den Veranstaltern für deren Engagement und hob die Bedeutung der Saisonarbeit für die Wirtschaft, sowohl für Deutschland als auch für Rumänien hervor. Sie unterstrich dabei die guten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.



Am Anfang der Konferenz stand ein Vortrag aus wissenschaftlicher Perspektive. Unter der Überschrift „Unverzichtbar und ausgebeutet: Saisonkräfte in der Landwirtschaft in Deutschland“ gab der Politikwissenschaftler Vladimir Bogoeski von der Amsterdam Law School einen Überblick über die Situation der Saisonbeschäftigten in Deutschland. Er ging dabei insbesondere auf die besonders prekäre Situation der Beschäftigten während des ersten Lockdowns der Pandemie im Frühjahr 2020 ein.



Die meisten Saisonarbeiter*innen stammen, so Vladimir Bogoeski, aus Südost- und Osteuropa. So kämen heute die meisten aus Rumänien und Polen, aber auch Ungarn, Bulgarien und Kroatien gehören zu den Herkunftsländern. Eine wachsende Rolle spielen auch Drittländer außerhalb der EU wie zum Beispiel Georgien, die Ukraine oder Moldau als Herkunftsländer für Arbeitsmigration in die saisonale Landwirtschaft.

In einer empirischen Untersuchung während der Erntesaison 2020 und 2021 identifizierte Vladimir Bogoeski verschiedene strukturelle Probleme. Diese reichten von teilweise überzogenen Gehaltsabzügen für Nahrung und Unterkünfte bis hin zu nicht ausgezahlten Löhnen. Es gäbe außerdem Probleme bei der Dokumentation der Arbeitszeit und der Transparenz der Lohnabrechnungen. Ein anderer Punkt sind die pandemiespezifischen Bedingungen im Zusammenhang mit den Quarantänemaßnahmen, die nicht eingehalten wurden und in großen Corona-Ausbrüchen resultierten. Die Saisonarbeiter*innen sind seit der Pandemie einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt. Die fehlende oder unzureichende Kranken- und Sozialversicherung wurde dadurch als Problem noch offensichtlicher.

Schon vor 2020 waren kurzfristige Beschäftigte für einen Zeitraum von 70 Arbeitstagen in Deutschland nicht sozialversicherungspflichtig. 2020 wurde diese Zeit dann befristet auf 115 Tage ausgeweitet. Nach Kritik an dieser Neuregelung wurde der Zeitraum im zweiten Pandemiejahr 2021 zwar erneut erweitert, jedoch nur auf 102 Tage. Saisonarbeit wird in Deutschland meist als kurzfristige Beschäftigung eingestuft. Die Sozialversicherungsfreiheit kurzfristiger Beschäftigung basiert auf der Annahme,

dass die Arbeitnehmer_innen diese Beschäftigungsform nur als Hinzuverdienst nutzen und für sie zum Beispiel als Student*in oder Rentner*in anderweitig ein Sozialversicherungsschutz besteht. Diese Annahme ist aber bei Saisonbeschäftigten v.a. aus Osteuropa in der Regel nicht zutreffend, da für diese Beschäftigtengruppen Saisonarbeit in den meisten Fällen die Haupteinkommensquelle bildet. Die nicht vorhandene Sozialversicherung, insbesondere die fehlende Krankenversicherung in Deutschland, sorgen für eine gesundheitliche Gefährdung bei saisonal Beschäftigten. Die vorausgesetzte soziale Absicherung in den Herkunftsländern ist oft nicht gegeben. Durch die fehlende Rentenversicherung bestehen zudem auch das Risiko einer späteren Altersarmut und die Belastung der Sozialsysteme in den Herkunftsländern.

In der folgenden ersten Diskussionsrunde der Konferenz ging es um die Situation von mobilen Beschäftigten in der Landwirtschaft aus der Perspektive von Beratungspraxis und Gewerkschaften. Aus Rumänien zugeschaltet berichtete zunächst Mirela Caravan, die für den rumänischen Gewerkschaftsbund BNS (Blocul National Sindical) arbeitet, über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Beratung für die Beschäftigten, bevor sie u.a. nach Deutschland aufbrechen. Das größte Problem aus ihrer Sicht bleibt weiterhin die Reichweite der Beratungs- und Informationsprogramme vor Ort. Auch wenn in großer Zahl Informationsmaterial in Landessprache existierten und verteilt würden, seien noch immer viel zu viele Beschäftigte, die für Saisonarbeit über rumänische Vermittler angeworben werden, nicht ausreichend über ihre Rechte informiert.

Marius Hanganu, der als Berater für das Beratungsnetzwerk „Faire Mobilität“ arbeitet und Menschen zum Arbeitsrecht berät, bestätigte die von Frau Caravan erläuterten Probleme. Er erläuterte, dass er und sein Team regelmäßig Aktionstagen, zusammen mit DGB und IG BAU durchführen, bei denen zum Beispiel Spargelfelder aufgesucht werden, um Saisonarbeiter*innen direkt anzusprechen. Hierbei komme es immer wieder zu problematischen Situationen mit Vorgesetzten der Arbeitgeber. Ein konkreter Fall: Im Herbst 2020 habe sich eine Erntehelferin gemeldet, die über Zahnschmerzen klagte. Nach einem Gespräch mit dem Landwirt, der sich weigerte, ihr zu helfen, konnte in Zusammenarbeit mit einem rumänischen Verein ein Zahnarztbesuch nach Schichtende ermöglicht werden, es wurde eine Zahnwurzelentzündung festgestellt. Sie Saisonarbeiterin konnte krankgeschrieben werden. Der Landwirt sei darüber sehr verärgert gewesen. Kurz danach erfolgte die mündliche Kündigung für die Dame sowie für die Tochter und ihren Sohn, die dort ebenfalls beschäftigt waren. Da die drei kurzfristig obdachlos waren, musste für sie eine Unterkunft und anschließend eine Mitfahrgelegenheit nach Rumänien organisiert werden. Für die Tage, wo sie krankgeschrieben war, hat sie keine Lohnfortzahlung erhalten.



Anschließend berichtete Katharina Varelmann, die bei Faire Mobilität als Branchenkoordinatorin für den Bereich Landwirtschaft arbeitet und in diesem Zusammenhang die Initiative Faire Landarbeit koordiniert. Sie betonte in ihrem Beitrag die besondere Vulnerabilität von Wanderarbeiter*innen, die aufgrund ihrer Mobilität ständig neuen sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen unterworfen sind. Ein weiteres Thema, das sie hervorhob, war die Intransparenz der Arbeitsbedingungen, die sich zum Beispiel in Arbeitsverträgen ohne Übersetzung bemerkbar mache.

Nach dem Blick auf die verschiedenen Beispiele betonte Anja Piel, dass für den DGB die Frage des Sozialversicherungsschutzes für Saisonbeschäftigten zentral sei. Sie forderte - mit der IG BAU – eine kurzfristige Beschäftigung ohne Sozialversicherungsschutz auf eine Bagatellregelung zurückzuführen und für Saisonbeschäftigung gänzlich auszuschließen. Ein vollumfänglicher Krankenversicherungsschutz, wie er im Koalitionsvertrag angekündigt wird, hält sie für unumgänglich. Dabei dürfe es keinen „Krankenversicherungsschutz light“ für Saisonbeschäftigte geben.



Harald Schaum, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG BAU, sprach u.a. über mögliche Auswirkungen der Mindestlohnerhöhung auf die Saisonbeschäftigte und betonte, dass der Spargelpreis sich nur geringfügig erhöhen würde. Erstmals, so betonte er, gäbe es in der laufenden Saison eine Meldepflicht hinsichtlich des Krankenversicherungsschutzes. Ihm zufolge sei die Meldepflicht jedoch nicht ausreichend, zumal viele Betriebe die Krankenversicherungen für ihre Beschäftigten über sogenannten Gruppenversicherungsverträge abdecken würden, die jedoch keinen ausreichenden Versicherungsschutz böten. Dieser Meinung schloss sich auch Anja Piel an.



In der anschließenden Diskussion wurden zudem die Abkommen mit Drittländern, wie Georgien, thematisiert. Nach dem Vermittlungsabkommen wären 5.000 Saisonarbeiter*innen aus Georgien in Deutschland möglich gewesen, letztendlich sind weniger als 100 Menschen gekommen, so Harald Schaum, wohl auch wegen eines im letzten Sommer bekannt gewordenen Falls am Bodensee, bei dem georgische Saisonbeschäftigte einen Landwirt verklagen mussten.



Nach einer kurzen Pause ging es in die zweite Diskussionsrunde, diesmal mit Politiker_innen. Podiumsteilnehmer*innen waren die Bundestagsabgeordneten Susanne Ferschl (Die Linke), Natalie Pawlik (SPD), Dr. Anne-Monika Spallek (Bündnis 90/Die Grünen) und Max Straubinger (CSU).



In seinem Eingangsstatement hob Max Straubinger, gelernter Landwirtschaftsmeister und Mitglied der Ausschüsse für Ernährung und Landwirtschaft sowie für Arbeit und Soziales, die Wichtigkeit des Themas der Veranstaltung gerade jetzt während des Kriegs hervor. Er warnte davor, ein zu einseitiges Bild zur Situation der Saisonbeschäftigten zu zeichnen und kritisierte, dass Arbeitgeber bei dieser Veranstaltung nicht vertreten

seien. In den meisten Betrieben - so betonte er - gäbe es keine Beanstandungen. Saisonbeschäftigte seien bei Arbeitsunfällen und im Krankheitsfall abgesichert.

Dr. Anne-Monika Spallek, ebenfalls Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, beklagte, dass die Systemrelevanz von Nahrung und Landwirtschaft erst durch Krisen wie die Pandemie oder den Russland-Krieg sichtbar werde. Sie forderte grundsätzlich, die Landwirtschaft nicht als Einzelnes, sondern systemisch das ganze Ernährungssystem zu betrachten, sowie beim Sozialversicherungssystem europäisch zu denken. Als wichtigen Punkt nannte sie die Berücksichtigung des ökonomischen Faktors im Nachhaltigkeitsdreieck und erwähnte dabei besonders die Landwirt*innen, die wirtschaftlich sehr herausgefordert werden.



Natalie Pawlik, seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestags sowie im Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, betonte, wie wichtig Veränderungen in der Preisbildung seien, sodass die Herausforderung nicht allein bei den Arbeitgebern läge. Sie hob die Chancen des Mindestlohns von 12 Euro hervor und lobte die Arbeit von Faire Mobilität. Zudem sprach sie sich dafür aus, die Kontrollen von beschlossenen Maßnahmen und Regeln zu verbessern.

Susanne Ferschl, Betriebsrätin und Gewerkschafterin sowie stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke und Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, vertrat die Ansicht, dass es systemische Probleme in der Arbeitswelt gibt, die „Schlupflöcher“ zulassen, von denen letztendlich die Schwächsten betroffen seien. Sie brachte das Thema Lebensmitteleinzelhandel ins Spiel, da er die Erzeuger*innen und Landwirt*innen unter Druck setzt, und forderte grundsätzliche Veränderungen in diesem Zusammenhang. „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ab Tag eins“, wie von Susanne Ferschl angestrebt, hält Natalie Pawlik in naher Zukunft allerdings für nicht umsetzbar. Auch sie sieht als Problem, dass dies gerade für die kleinen Betriebe nicht umsetzbar sei und die große Industrie in Überhand gerate.



Zum Thema Mindestlohn betonte Susanne Ferschl, die Wichtigkeit von Kontrollen und eine digitale Arbeitszeiterfassung sei. Der Moderator stellte daraufhin die Frage, wie die Arbeitszeiterfassung konkret aussehen könne. Max Straubinger fand, dass es dies nur „mit Stempeln“ transparent wäre, aber dass sich infolgedessen der Arbeitsmarkt stark verändern würde. Er nannte das Beispiel Gurken, von dessen Preis 50 Prozent Lohnanteil seien. Der Anteil von Gurken aus der Türkei oder anderen fernen Ländern mit geringerem Mindestlohn würde sich nur noch mehr verstärken. Natalie Pawlik stimmte zu, dass regionale Produktion und damit einhergehend regionale Wertschöpfung künftig gestärkt werden müssen.



In der dritten und letzten Diskussionsrunde wurde auf die Ebene staatlichen Handelns geschaut. Aus Rumänien zugeschaltet waren Mihai Nicolae Uca, Stellvertretender Generalinspekteur der staatlichen Arbeitsinspektion des rumänischen Arbeitsministeriums, sowie Larisa Papp, Direktorin dieser Arbeitsinspektion. In Präsenz nahmen an der Diskussion Lilian Tschan, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Silvia Bender, Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie Harald Schaum teil.

Mihai Nicolae Uca unterstrich in seinem Beitrag die Wichtigkeit einer guten Zusammenarbeit zwischen dem rumänischen und deutschen Ministerium sowie die Kooperation der Behörden, Gewerkschaften und von Faire Mobilität. Er berichtete von dem letzten Besuch einer Delegation des rumänischen Arbeitsministeriums in Deutschland und zeigte sich zuversichtlich, dass der Besuch zu mehr Sensibilität für die Rechte der Beschäftigten in der Landwirtschaft bei den Kollegen und Kolleginnen in Deutschland geführt habe. Mihai Nicolae Uca wünschte sich weiterhin eine Intensivierung der Informationskampagnen sowie von Kontrollen in der Landwirtschaft. Larisa Papp wies auf zwei Punkte hin. Zum einen die Ohnmacht der rumänischen Arbeitsinspektion bei den in Deutschland beschäftigten Saisonarbeitern und zum anderen die Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen für alle Agenturen aus Rumänien, die Arbeitsplätze im Ausland vermitteln. Wichtig blieb für Larisa Papp auch, dass Anzeichen vom Menschenhandel zum Zweck

Lilian Tschan betonte die Bedeutung von Saisonbeschäftigten für die deutsche Wirtschaft und drückte ihre Wertschätzung für ihre Arbeit aus. Für sie stehen Transparenz, Information und Zugang zu Beratungsstellen an erster Stelle. Hierfür bestehe u.a. eine enge Kooperation mit dem rumänischen Arbeitsministerium. Sie ging auch auf das Arbeitsschutzkontrollgesetz sowie die neuerliche Erhöhung des Mindestlohns als wichtige Schritte ein, die vom BMAS auf den Weg gebracht worden sind.



Silvia Bender betonte in ihrem Eingangsstatement, dass sich die Landwirtschaft in einem weitreichenden Transformationsprozess befände. Die Verbesserung der ökologischen Bedingungen müssten verstärkt mit sozialen Faktoren verknüpft werden. In vielen landwirtschaftlichen Betrieben würden Saisonbeschäftigte fair behandelt, aber es gäbe auch schwarze Schafe. Dagegen müsse wirksam vorgegangen werden. Hier könne der Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen. Auch für Silvia Bender sind die Erhöhung des Mindestlohns sowie ein Krankenversicherungsschutz essentiell. Sie wies auf die Nachweispflichten der Arbeitgeber hin. Diese Regelung werde gerade evaluiert. Einigkeit bestand zwischen beiden Ressorts darin, dass es bei der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns keine Ausnahmen für die saisonale Landwirtschaft geben werde.



Harald Schaum unterstrich, dass eine Nachweispflicht über einen Krankenversicherungsschutz noch nicht viel über den Leistungsumfang von Krankenversicherungen sagen würde. Er wünschte sich von den beiden Staatssekretärinnen einen Zeitplan für die Umsetzung der Zusagen im Koalitionsvertrag. Er unterstrich außerdem den Widerspruch zwischen der Systemrelevanz der Saisonbeschäftigung und den vorherrschenden Arbeitsbedingungen. Auf die Frage, ob die Meldepflicht die Erfüllung des im

Koalitionsvertrag niedergeschriebenen Krankenversicherungsschutz ab dem ersten Tag sei, antwortete Lilian Tschan mit einem klaren Nein. Der volle Krankenversicherungsschutz müsse noch kommen, einen genauen Zeitplan könne sie wegen der Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium aber noch nicht geben.

Der Moderator lenkte gegen Ende der Diskussion den Blick noch auf die europäische Ebene. Harald Schaum erklärte dazu einige Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die auf EU-Ebene beschlossen wurde. Sie besagt konkret, dass Fördergelder für die Landwirtschaften auch unmittelbar mit der Einhaltung von Sozialstandards verknüpft werden müssen (Soziale Konditionalität). Dafür solle es eine Sanktionsmöglichkeit gegen jene Betriebe geben, die sich nicht an die sozialen Kriterien halten. Der erforderliche nationale Strategieplan wurde seitens des BMEL der EU-Kommission vorgelegt. Aus Sicht der IG BAU seien noch viele Fragen der konkreten Umsetzung, z.B. zu den Kontrollen und den Verfahren und der Höhe der Sanktionen zu klären. Die beiden Staatssekretärinnen betonten ihre Unterstützung für die soziale Konditionierung, konnten aber noch keine Einzelheiten zum Zeitplan und den Einzelheiten der nationalen Umsetzung nennen.

In seinem Schlusswort hob Dominique John, Leiter von Faire Mobilität hervor, dass das Thema Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft heute, im Vergleich zu vor fünf Jahren, einen deutlich wichtigeren Stellenwert bekommen habe. Dies – so seine These – sei nicht nur Auswirkung des Pandemiegeschehens, sondern auch den Aktivitäten der Initiative Faire Landarbeit und den durch sie gewonnen Einblicken in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Zudem hätten die aus dem Ausland kommenden Landarbeiter*innen in der IG BAU eine gewerkschaftliche Organisation, die ihre Interessen thematisieren und vertreten würde.



In diesem Zusammenhang betonte er die positiven Impulse eines extra für ausländische Saisonarbeiter*innen geschaffenen Mitgliedermodells. Zudem betonte John, dass in der saisonalen Landarbeit die soziale Absicherung der Beschäftigten eine zentrale Fragestellung ist und bleibt und die Veranstaltung eine gute Gelegenheit geboten habe, dass sich auch staatliche Vertreter*innen aus Rumänien zu dem Thema hätten äußern können.



Alle Fotos in diesem Bericht stammen von *Mark Bollhorst*.